

Pressemitteilung vom 23.03.2010

## Kommunalfeindliche Haushaltspolitik der Staatsregierung

# **Aiwanger: Schwarz-Gelb übt Verrat an den Kommunen, sie sollen das Wort Kommune nie mehr in den Mund nehmen**

München (do). Die Freien Wähler kritisieren massiv die kommunalfeindliche Haushaltspolitik der Bayerischen Staatsregierung. „Abgeordnete der Regierungskoalition und Vertreter der Staatsregierung bis hin zum Ministerpräsidenten verkünden täglich landauf, landab, dass die Kommunen mehr finanzielle Unterstützung benötigen würden - aber leider sind das nur scheinheilige Lippenbekenntnisse“, so der Vorsitzende der Freien Wähler, Hubert Aiwanger, empört: "Wir haben eine Reihe von wohldurchdachten Anträgen in die Verhandlungen zum Nachtragshaushalt eingebracht, die genau das Ziel hatten, den Kommunen in diesen schwierigen Zeiten das zu geben, worauf sie dringend angewiesen sind, um die Lebensqualität der Menschen vor Ort zu sichern. Aber es wurde von Schwarz-Gelb alles rücksichtslos abgelehnt. Außerhalb des Landtags Sprüche klopfen, im Landtag gegen die Kommunen die Hand heben - das ist die Politik von Schwarz-Gelb. Durch diese Politik werden die Kommunen verraten, Schwarz-Gelb soll das Wort Kommune deshalb nie mehr in den Mund nehmen!"

Die Freien Wähler haben unter anderem folgende Anträge zur Unterstützung der Kommunen eingebracht:

- Erhöhung des Ansatzes für Bildungsmaßnahmen in der Jugendarbeit 3 Millionen Euro
- zusätzliche Mittel für den Breitbandausbau 35 Mio. Euro
- Verbesserung der regionalen Wirtschaftsförderung um 65 Mio. Euro
- Erhöhung der Mittel für die Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege (kostenfreies Kindergartenjahr) um 120 Mio. Euro

- Erhöhung der Schlüsselzuweisungen um 61,4 Mio. Euro
- Neu: Kommunaler Rettungsschirm - Sicherung der kommunalen Finanzkraft  
150 Mio. Euro

Fortsetzung: Seite – 2 –

Fortsetzung Anträge der Freien Wähler zur Unterstützung der Kommunen:

- Erhöhung der Pauschalzuweisungen zu den Schülerbeförderungskosten um  
30 Mio. Euro
- Erhöhung der Zuweisungen an Gemeinden aus der Kraftfahrzeugsteuer um  
31 Mio. Euro
- Erhöhung der Investitionspauschalen an Gemeinden und Landkreise um 61,4  
Mio. Euro
- Erhöhung der Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz um 31 Mio. Euro

### **Pressekontakt:**

Der Pressesprecher der **FREIE WÄHLER** LANDTAGSFRAKTION im Bayerischen Landtag  
Dirk Oberjasper, Maximilianeum, 81627 München  
Tel.: +49 (0) 89 / 41 26 – 29 41, [Dirk.Oberjasper@fw-landtag.de](mailto:Dirk.Oberjasper@fw-landtag.de)